

Soll es verpflichtende Drogentest für SchülerInnen geben?

Schülerparlament diskutiert Novelle zum Suchtmittelgesetz

Wien (PK)- Suchtgiftmissbrauch stellt in der Gesellschaft, schon bei Jugendlichen ab 12 Jahren ein großes Problem dar. Diese sensible Thematik beschäftigte auch heute das Jugendparlament. Grundlage dafür ist eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Suchtmittelgesetzes.

Die Novelle sieht eine regelmäßige, schulärztliche Kontrolle der SchülerInnen ab der 8. Schulstufe vor. Die Maßnahme ist als Teil eines Pakets zur Prävention gegen Suchtgiftkonsum gedacht. Mit der Gesetzesänderung beabsichtigt man, möglichst früh Abhängigkeiten zu erkennen, um in Folge entsprechende Hilfe anbieten zu können. Diese reicht von der ärztlichen Überwachung des Gesundheitszustandes, über klinisch-psychologische Beratung und Betreuung, bis hin zu Psychotherapie und psychosozialer Beratung.

Übereinstimmung bestand im Ausschuss darin, dass in Zukunft verstärkte Präventionsmaßnahmen notwendig sind. Jedoch gab es unterschiedliche Meinungen darüber, wie diese aussehen sollten.

So sprach sich Abgeordnete Sarah Holzer (G) seitens der Gelben für eine jährliche, unangekündigte Kontrolle ab dem 14. Lebensjahr aus. Ausschlaggebend sollte das Alter und nicht die Schulstufe sein, da es bei den SchülerInnen zu Wiederholungen der Klasse kommen kann, erläuterte sie.

Hingegen vertrat der weiße Klub die Ansicht, die bestehende Regelung reiche aus. Abgeordneter Lorenz Frühwirt (W) argumentierte, die jährlichen Untersuchungen würden einen nicht zu akzeptierenden Eingriff in die Freiheitsrechte darstellen. Er plädierte dafür, die Aufklärungsarbeit zu verbessern. Dies könne mit Workshops und Vorträgen angeboten werden.

Abgeordneter Gregor Kury (T) hielt weder regelmäßige Kontrollen noch zusätzliche Aufklärung für sinnvoll. Jugendliche seien ausreichend informiert. Wie sein Klubkollege Damian Grba, trat er für unregelmäßige Stichproben ein. Auf diese könne man sich nicht vorbereiten.

Von den Violetten kam der Einwurf, dass zwölfjährige DrogenkonsumentInnen von der geplanten Regelung nicht erfasst würden. Die Abgeordneten Klaudia Milanovic, Borislav Starcevic und Victoria Rachle (alle V) betonten, es sei wichtig, eine frühe Abhängigkeit zu erkennen. Bei längerem Drogenkonsum sei die Chance, davon wegzukommen, gering. Die Beratungen sollten bereits ab der 5. Schulstufe einsetzen.

Die Frage, wie man vorgeht, wenn die Untersuchung abgelehnt wird, blieb bis zum Ende der Diskussion offen. Schließlich wurde der Ausschuss bis zum Nachmittag unterbrochen. (Fortsetzung Ausschuss)